Getränkerechnung Fraktionssitzung

Ratsherr Uphoff fragt an, ob es richtig sei, dass die Getränkerechnung der letzten Fraktionssitzung des Bündnisses am Alfsee aus der Kasse der Samtgemeinde bezahlt wurde. Jedes Ratsmitglied bekommt eine Aufwandsentschädigung, sodass jeder seine Getränke selber bezahlen kann.

Samtgemeindebürgermeister Dr. Baier teilt mit, dass er persönlich die Rechnung bezahlt hat. Somit wurde die Samtgemeindekasse nicht belastet.

Antrag der CDU-Fraktion vom 11.12.2015 i.S. ABE

Ratsherr Uphoff führt aus, dass die CDU-Fraktion am 11.12.2015 den Antrag gestellt hat, dass der Geschäftsführer der ABE in der Ratssitzung einen Zwischenbericht über die Reaktivierung der Eisenbahnstrecke zwischen Ankum und Bersenbrück gibt. Er teilt mit, dass im vorher stattgefundenen Samtgemeindeausschuss Einigkeit darüber bestand, dass dieser Bericht in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses erfolgen soll.

Ratsherr Brummer-Bange erklärt, dass dem Protokoll des letzten Finanzausschusses zu entnehmen war, dass dort in der nächsten Sitzung ein Bericht erfolgen soll. Er hält den Finanzausschuss auch für den richtigen Ort eines solchen Berichts.

Ratsvorsitzender Dr. Meyer zitiert aus dem Protokoll des letzten Finanzausschusses, dass vorgeschlagen wird, dass der Geschäftsführer der ABE zur nächsten Ratssitzung eingeladen wird, um einen Bericht zu geben.

Ratsherr Klütsch erklärt, dass er vor geraumer Zeit im Finanzausschuss um den Bericht gebeten hat. Dieser ist bis jetzt nicht erfolgt. Er führt aus, dass die Stadt Bersenbrück Interesse am Erhalt der Bahnstrecke hat, falls Investoren hieran interessiert sind. Momentan kostet die inaktive Eisenbahnstrecke nur 50.000 € Unterhaltung im Jahr. In den letzten 20 Jahren ist auf der Eisenbahnstrecke jedoch nichts passiert. Sollte dies so bleiben, kann die Strecke abgeschafft werden. Das Geld könne besser für die Vereinsförderung ausgegeben werden.

Ratsherr Brummer-Bange erklärt, dass dort viele Jahre nichts passiert ist, weil sich niemand darum gekümmert hat. Man kann den Interessenten nun in den Gesellschafterversammlungen der ABE keinen Druck bei ihrer Entscheidung machen. Zudem ist die ABE eine Gesellschaft, die in ihr Kapital investiert und ohne Steuergelder der beteiligten Kommunen auskommt. Von daher kann die ABE

auch keine Mittel für kommunale Angelegenheiten bereitstellen. Ratsherr Brummer-Bange teilt mit, dass in der nächsten Gesellschafterversammlung nochmals beraten werden kann.

Es besteht daraufhin Einigkeit darüber, dass der Bericht des Geschäftsführers der ABE in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Tourismus erfolgen soll.